



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 836 890

1/XVI/273 - 5. Dezember 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Das grosse Unbehagen</u>	44
	Evangelische Sozialsekretäre verlassen die CDU Aufschlussreiche Kritik in der "Mitarbeit"	
2 - 3	<u>"Wenn Herr von Hassel nicht Bürgervorsteher wäre ..."</u>	79
	Spielbank nach Glücksburg ? Von Werner Ölfert	
4	<u>Führungskrise in der "Deutschen Reichspartei"</u>	41
	Spaltungstendenzen schon bei "Neubeginn"	
5 - 6	<u>Hamburg - Stadt der Superlative</u>	76
	Grösste Stadt der Bundesrepublik - deutsche Aussenhandelsmetropole Von Rudolf Hornig	

* * *
* *

Das grosse Unbehagen

Evangelische Sozialsekretäre verlassen die CDU

Bdt. - Anfang der fünfziger Jahre, als die Evangelische Kirche hauptamtliche Mitarbeiter für ihre gesellschaftspolitische Arbeit einstellte, gab es unter den Sozialsekretärinnen und Sozialsekretären eine ganze Reihe, die der CDU angehörten. Diese Gruppe ist mit den Jugendbildungssekretären auf weit über hundert angewachsen. Sie sprechen und arbeiten im Jahre mit Tausenden politisch interessierten Menschen.

Heute, im Jahre 1961, sind nur noch wenige Männer und Frauen dieser Gruppe Mitglieder der CDU/CSU.

Wie war das möglich?

Diese Frage stellt das neueste Heft der "Mitarbeit", evangelische Monatsschrift zur Gesellschaftspolitik. Die Zeitschrift meint, dass das Einfrierenlassen des Ahlener Programms den Sozialausschüssen mehr und mehr die innere Lebendigkeit genommen habe. Der innere und äussere Meinungsdruck bei der praktischen Mitarbeit wurde an vielen Stellen in der CDU/CSU so stark, dass vielen evangelischen Christen nur der Wechsel zu einer anderen Partei übrig geblieben sei. Die der Meinung der meisten evangelischen Christen zuwiderlaufende Gründung christlicher Richtungs-gewerkschaften unter maßgeblicher Beteiligung von CDU-Bundestagsabgeordneten und führenden Mitgliedern der katholischen Arbeiterbewegung sei für viele der Anlass gewesen, die CDU zu verlassen. Vor allem in der Bundestagsfraktion stelle die CDU/CSU oft Vertreter der evangelischen Arbeitnehmerschaft heraus, die entweder nur einer kleinen organisierten Minderheit angehören oder sachlich und theologisch nicht qualifiziert seien. Während in der neuen SPD-Fraktion von 190 Abgeordneten 167 dem Deutschen Gewerkschaftsbund angehören, habe die CDU/CSU-Fraktion ganze 14 DGB-Gewerkschafter, jedoch 15 CGB-Gewerkschafter.

Die CDU muss sich fragen lassen:

"Wird das Ahlener Programm in absehbarer Zeit überarbeitet und neu zur Diskussion gestellt werden? Soll der Mitgliederzugang so schwach bleiben wie in den letzten Jahren, nur weil die Grundorganisationen der Partei im allgemeinen so schlecht funktionieren? Soll die Schulung vor allem der christlich-demokratischen Arbeitnehmerschaft - organisiert in den Sozialausschüssen - weiterhin mit Schwerpunkt in den katholischen Standesorganisationen betrieben werden? Dadurch wird nach wie vor ein grosser Teil der interessierten evangelischen Arbeitnehmer ausgeschlossen! Soll es so bleiben, dass viele Arbeitnehmer, die der CDU angehören oder ihr nahestehen, ihr eigenes Parteiprogramm oder sozialpolitische Entscheidungen der bisherigen Bundesregierung nicht begründen und diskutieren können?"

In der "Mitarbeit" wird ferner festgestellt, dass die neue CDU/CSU-Bundestagsfraktion 154 katholische, aber nur 97 evangelische Abgeordnete habe, also 21 evangelische Mandatsträger weniger als im dritten Bundestag. In überwiegend evangelischen Wahlkreisen habe die CDU grosse Verluste erlitten.

"Wenn Herr von Hassel nicht Bürgervorsteher wäre ..."

Von Werner Ölfert

sp - Am späten Nachmittag des letzten Freitag war auf der Ministerbank im Plenarsaal des Schleswig-Holsteinischen Landtags in Kiel ein Platz leer. Der in Bonn nicht mehr gefragte CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Kai-Uwe von Hassel, glänzte durch Abwesenheit, als es um seine persönlichsten Dinge ging. Nämlich um das Spielbankenprojekt zu Glücksburg, wo von Hassel, gestützt auf die absolute Mehrheit seiner Partei, noch heute nebenbei Bürgervorsteher ist und von 1947 bis 1950 Bürgermeister war.

Schattenmänner

Vor zwei Jahren, als der Parlamentarische Untersuchungsausschuss den Landtagspräsidenten Dr. Walther Böttcher vor allem wegen seines Bestrebens gerügt hatte, sich an der Travemünder Spielbankengesellschaft über drei Schattenmänner zu beteiligen, beantragten die Sozialdemokraten, in Glücksburg keine Spielbank zu errichten. Während der Vernehmungen Böttchers war nämlich zutage gekommen, dass die Landesregierung die Konzessionserneuerung für Travemünde mit der Auflage verknüpft hatte, in der Residenz des Herrn von Hassel, in Glücksburg, eine Spielbank zu errichten ...

Am 12. September 1959 sagte Böttcher aus:

- * "Glücksburg ist von der Landesregierung gefördert *
- * worden, sicherlich deshalb, weil der Ministerprä- *
- * sident Bürgervorsteher von Glücksburg ist. Denn es *
- * hat niemals einen Zweifel darüber gegeben: Wenn *
- * der Ministerpräsident nicht Bürgervorsteher von *
- * Glücksburg wäre, dann wäre auch von der Landesregie- *
- * rung nicht zur Bedingung gemacht die Errichtung *
- * einer Spielbank in Glücksburg."

Dezent in Offenburg

Die ganze Affäre war für den Kieler Regierungschef mehr als peinlich geworden, denn eine derartige Verquickung zwischen dem Amt des Regierungschefs und dem eines Bürgervorstehers hat es in Schleswig-Holstein noch nicht gegeben. Nicht viel später griff dann eine Illustrierte in Offenburg die Affäre auf. Sie berichtete im November 1959, von Hassel habe zugegeben, dass ihm allein sein Wahlkreis wert sei, dort eine Spielbank zu errichten.

Der in persönlichen Dingen so empfindliche und klagefreundige von Hassel stellte natürlich Strafantrag und die knappe Regierungsmehrheit aus CDU und FDP in Kiel verlangte im Landtag, dass von Hassel in seinem

Kieler Amtssitz kommissarisch vernommen werde und nicht die weite Reise nach Offenburg anzutreten brauche. Dennoch - inzwischen ist von Hassel ganz dezent in Offenburg gewesen und hat mit dem Verleger Dr. Burda verhandelt. Aber man weiss noch nicht recht, ob damit der Prozess auf gutlichem Wege beigelegt worden ist.

200 000 DM "Abgeltung"?

Nun aber begann am Freitagabend in Kiel der zweite Akt der Spielbankenaffäre von Glücksburg. Die Regierungskoalition hatte es im Innenausschuss durchgesetzt, den Antrag der Sozialdemokraten, die Regierung solle in Glücksburg keine Spielbank errichten, mit dem lapidaren Bescheid zu versehen, das Ganze sei nicht mehr beabsichtigt und gegenstandslos. Der Abgeordnete A d l e r (SPD) gab sich für seine Fraktion damit aber nicht zufrieden. Er wartete mit der sensationellen Feststellung auf, die Stadt Glücksburg habe von der Regierung einen Betrag in Höhe von 200 000 DM bekommen, um jene Aufwendungen abzugelten, die sie als Vorleistung für die 1959 geplante Spielbank gemacht hatte.

Glücksburg, der Stammsitz derer von Hassel, bekommt somit für nichts und wieder nichts eine Sonderdotation in Höhe von 200 000 DM durch die Spielbank in Travemünde, weil es der Landesregierung nach der Böttcher-Affäre zu hrenzlich wurde, darauf zu bestehen, dass Travemünde in Glücksburg einen unrentablen Ableger errichtet.

Bemerkenswert noch, dass Dr. Böttcher vor dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss seinerzeit ununterbrochen versicherte, er sei g e g e n Glücksburg gewesen, weil das die Spielbankenabgabe durch Travemünde für Lübeck - wo Böttcher seinerzeit auch Bürgermeister war - geschnürt hätte. Aber Ministerpräsident von Hassel bekundete vor dem Untersuchungsausschuss eidlich, Dr. Böttcher habe auch am 22. Mai 1957 in einer Besprechung erklärt, die Stadt Lübeck erhebe keine Bedenken gegen Glücksburg.

SPD sagt: Nicht erledigt!

Nun, im Kieler Landtag lehnte es die Regierungskoalition am Freitag mit 30 gegen 28 Stimmen ab, den "Fall Spielbank Glücksburg und Kai-Uwe von Hassel" im Ausschuss für Innere Verwaltung erneut und gründlicher nachzuprüfen. Damit aber ist die Angelegenheit nicht beendet. Der SPD-Abgeordnete S t r a c k hat angekündigt, er werde das Thema der Ersatzleistung für die nicht realisierte Spielbank Glücksburg in einer Kleinen Anfrage erneut vor das Plenum bringen. Daneben gibt es auch noch die Möglichkeit, die Spielbankenaffäre in der Fragestunde, durch eine Crosee Anfrage oder sogar mit Hilfe eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zu durchleuchten.

+ + +

Führungskrise in der "Deutschen Reichspartei"

W.P. - Seit dem vergangenen Sonntag ist "Bubi" von Thadden nicht nur der niedersächsische Landesvorsitzende der DRP, sondern auch Bundesvorsitzender. Der bisherige Parteichef, Prof. Kunstmann, unterlag in einer Kampfabstimmung, nachdem er wenige Wochen zuvor noch die Suspendierung seines Rivalen Thadden von allen Parteiämtern mit der Begründung betrieben hatte, dieser stehe im Verdacht, aus "östlichen Quellen" stammende Wahlgelder entgegengenommen zu haben. Das Geld, es handelte sich um 45 000 DM, das im niedersächsischen Wahlkampf ausgegeben wurde, angeblich um die "Gesamtdeutsche Partei" zu schwächen, stammte nicht aus östlichen Quellen, sondern von dem früheren Wirtschaftsberater des "Stahlhelm" und SA-Standartenführer Dr. Erich Kübbert. Kunstmanns Intrige sollte lediglich dazu dienen, den Konkurrenten aus dem stärksten Landesverband der DRP für das Amt des Parteivorsitzenden aus dem Felde zu schlagen.

Das ist, wie sich am Sonntag in Northelm zeigte, nicht gelungen. Dafür gelangte Adolf von Thadden nach 15-jähriger politischer Tätigkeit ans Ziel seiner Wünsche: an die Spitze der stärksten nationalistischen Gruppe in der Bundesrepublik. Ob damit für den ehrgeizigen schwarz-weiß-roten Streiter allerdings ein Amt von Dauer geschaffen worden ist, bleibt abzuwarten. Denn wiederum, wie bereits einmal im Jahre 1949, steht eine Parteispaltung bevor. Damals waren es die radikalen Teile der "Deutschen Rechtspartei" unter Bismarck, Dr. Kröger und Dr. Dorls, die sich zur "Sozialistischen Reichspartei" abgesplitterten - und 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurden. Jetzt wird hinter den Kulissen wiederum daran gearbeitet, die radikaleren Verfechter einer "nationalen Politik" zu einem Abfall von der DRP zu veranlassen. Wiederum sind - wie offen zugegeben wird - ehemalige SRP-Leute an diesem Werk führend beteiligt.

Zweifellos ist die Krise, in der sich die DRP-Führung gegenwärtig befindet, indirekt das Ergebnis der Bundestagswahl 1961, bei der die DRP trotz großer Anstrengungen von 1,0 Prozent (508 000 Stimmen) auf 0,8 Prozent (262 000 Stimmen) absank. Jetzt geht es um die Frage, ob den Wählern der Kurs der Partei nicht radikal genug war, oder ob die Reichspartei sich in ihrem Auftreten den "gewandelten Geschmack des Wählers" anpassen müsse. Thadden meint, das letztere sei richtig; ob seine Parteifreunde ihm dabei folgen, ist ungewiß. Spaltet sich die DRP jedoch nochmals, was viele meinen, so dürfte ihr auch in ihrer politischen Hochburg Niedersachsen das letzte Stündlein bald geschlagen haben.

Hamburg - Stadt der Superlative

Von Rudolf Hornig

Die neue Bürgerschaft von Hamburg, das Parlament der Freien und Hansestadt, in der die SPD nach ihrem Sieg bei den letzten Bürger-schaftswahlen 72 von 120 Sitzen einnimmt, hat ihre Arbeit aufgenom-men. In der Stadt der Superlative harren ihrer eine ganze Fülle neuer und wichtiger Aufgaben unter der Führung des neuen alten Bürgermei-sters Dr. Paul Kevermann.

* * *

Mit 1,838 Millionen Einwohnern steht Hamburg weit an der Spitze aller westdeutschen Städte. Die Statistiker haben errechnet, dass man aus dieser Bevölkerungsziffer dreimal die Stadt Stuttgart, zehnmal die Stadt Bielefeld und 22mal die Stadt Göttingen bilden könnte. Interessanter ist allerdings, dass Hamburg gerade im Schnittpunkt der beiden Bundesländer liegt, die für die deutsche Agrarproduk-tion von besonderer Bedeutung sind, nämlich Schleswig-Holstein und Niedersachsen. Überdies befindet sich Hamburg im Zentrum des grös-ten geschlossenen deutschen Anbaugebietes für Obst und Gemüse. Die-ses Gebiet umfasst nicht nur die eigenen Hamburger Obst- und Gemüse-Marschlanden, sondern einen weiten Umkreis an der unteren Elbe und ihren Nebenflüssen. So wurde Hamburg zum grössten norddeutschen Obst- und Gemüseumschlagplatz.

Neuer Obst- und Gemüsegrossmarkt 40 000 qm

Am Obst- und Gemüsegrossmarkt in Hamburg werden jährlich fast 450 000 Doppelzentner Gemüse und rund 225 000 Doppelzentner Obst ver-kaufte. In unmittelbarer Nähe des Hafens wird derzeit ein neuer, 25 Hektar umfassender Obst- und Gemüsegrossmarkt mit einer zentralen Grossmarkthalle errichtet, die eine bauliche Sensation ist und 40 000 qm Fläche besitzt. Hamburg ist zugleich auch einer der wichtigsten Um-schlagplätze für importiertes Obst, im Vorjahr erreichte die Einfuhr an Südfrüchten fast eine Million Tonnen.

Imponierend sind auch die Zahlen, die vom Hamburger Zentral-schlachthof mit seinen Filialen gemeldet werden; im Vorjahr gab es einen Auftrieb von Lebendvieh in Form von 156 000 Rindern, 41 000 Kälbern, 573 000 Schweinen, 49 000 Schafen und rund 1000 Ziegen. Dem Hamburger Fleischgrossmarkt wurden im Vorjahr 21 300 Tonnen Fleisch zugeführt.

Imponierende Handelszahlen

1960 betrug das gesamte Aussenhandelsvolumen der Bundesrepublik und Westberlins 92,9 Milliarden DM. Der Anteil Hamburgs von 15,88 Milliarden DM entspricht 17,1 Prozent, während der Anteil der Hansestadt an der gesamten Bevölkerung nur 3,3 Prozent erreicht. Dabei ist Hamburg vor allem nach Übersee orientiert, von den Hamburger Importen des Vorjahres entfallen nur 31,8 Prozent auf europäische Länder, bei der Ausfuhr gingen 46,7 Prozent nach Europa. Betrug die westdeutsche Ausfuhr nach Übersee im Vorjahr 15,5 Millionen Tonnen, so war Hamburg daran mit 2,2 Millionen Tonnen beteiligt, bei der Einfuhr von 18,7 Millionen Tonnen aus Übersee für Westdeutschland gingen 42,2 Prozent, nämlich 7,9 Millionen Tonnen, nach Hamburg. An der Einfuhr ernährungswirtschaftlicher Güter für die Bundesrepublik war Hamburg 1960 mit folgenden Prozentsätzen beteiligt: Walöl 88,5; pflanzliche Öle und Fette 82,2; Fischmehl 79,7; Gewürze 78,4; Ölfrüchte 75,1; Rohkakao 70; Tee 65,2; Kaffee 61,7; Honig 60,8; Ölkuchen 60,8 Prozent wertmässig beteiligt. Selbst bei den Süßfrüchten erreichte der Hamburger Importanteil wertmässig 51,1 Prozent. Für die Einfuhr von Rohstoffen einige wichtige Hamburger Anteilzahlen: Paraffin 81,8; Erdöl 77,9; Kautschuk 67,4 und Kupfererze 57,2 Prozent.

Wegen seiner Lage im Schnittpunkt zweier Bundesländer hat Hamburg natürlich auch für den Aussenhandel dieser Länder eine grosse Bedeutung. Im Vorjahr kamen Importe im Werte von 765 Millionen DM für Schleswig-Holstein und Niedersachsen über den Hamburger Hafen, der ferner Güter im Werte von fast 1,7 Milliarden DM aus den beiden Bundesländern exportierte.

97 000 sogenannte Pendler aus den beiden Ländern arbeiten ständig in Hamburg, darunter 74 000 Männer und 23 000 Frauen. Der Hauptanteil, nämlich 71 500, kommt aus Schleswig-Holstein. In Hamburg gibt es zur Zeit 817 000 ortsansässige Arbeitnehmer, ungefähr jeder Neunte in Hamburg Beschäftigte ist daher ein Pendler. Die Statistiker haben hier errechnet, dass die Pendler auf ihren Hamburger Arbeitsplätzen durchschnittlich im Laufe eines Monats über 50 Millionen DM verdienen.

Schliesslich ist Hamburg auch weiterhin ein grosser Handelsplatz geblieben, obwohl die Zeit der grossen Hamburger Kaufleute schon lange der Vergangenheit angehört. In Hamburg gibt es rund 300 Versandgeschäfte, auf Hamburg entfallen 5,3 Prozent des Gesamtumsatzes des westdeutschen Einzelhandels, obwohl, wie gesagt, der Anteil der Hansestadt an der westdeutschen Bevölkerung nur 3,3 Prozent beträgt.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel